



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Kreisverband Hochtaunus

Pressemitteilung 11. Mai 2015

Ein Schrecken ohne Ende – auch die seitliche Kontamination sollte saniert werden

Der BUND Kreisverband Hochtaunus hat die von der Stadt Oberursel am Mittwoch, den 6.5.15 veröffentlichten Daten zum Gang der Altlasten-Sanierung in der Eppsteiner Straße bewertet. Leider sind diese ohne Anlagen veröffentlicht worden.

Der BUND ist sehr erfreut darüber, dass den BUND-Forderungen nach professionellen Arbeitsschutzmaßnahmen an der Baustelle endlich Rechnung getragen wurde. Die nun abgeschlossenen Bohrungen erfolgten alle unter Absaugung der gefährlichen Gase. Der Partikelionisationsdetektor (PID, ein hoch empfindliches Instrument zum Nachweis von Giftstoffen in geringer Konzentration in der Atemluft) schlug einmal während der Bohrungen an. Sofort wurde das Tragen von Schutzausrüstung befohlen. Diese Maßnahmen zeigen, dass die Sanierungsbaustelle nun endlich professionell geleitet wird.

Große Sorgen bereiten dem BUND dennoch weiterhin folgende Punkte:

1. Im Boden wurden PCB-Konzentrationen gemessen, die deutlich über der Hintergrundbelastung von Böden liegen (200 bis 400fach erhöhte Konzentration). Die gewählte Sanierungsform der DampfLuftinjektion (DLI) kann jedoch das PCB nicht entfernen. Deswegen fragt sich der BUND, ob das PCB einfach unter den Häusern verbleiben soll.
2. Das Grundwasser wird weiterhin nicht saniert. Zwar sammelt man nun an den Bohrlöchern das anfallende kontaminierte Grundwasser und reinigt dieses ab, weitere Maßnahmen sind jedoch nicht geplant. Die Vermutung des BUND, dass die Dampf-Luft-Injektion (DLI) in der Vergangenheit das Grundwasser zusätzlich belastet hat, ist durch vorliegende Daten bewiesen worden.
3. Mit großer Bestürzung registriert der BUND, dass die neue Projektleitung eine Kontamination angrenzender Grundstücke nachgewiesen hat. Diese seitliche Kontamination wird jedoch nicht saniert, da der Boden mit Straßenbelag versiegelt ist. Die vorhandenen Giftstoffe, LHKW, dringen jedoch auch durch Wände und durch Beton.
4. Die übermäßige Belastung des Bodens mit LHKW in oberflächennahen Bereichen lässt für den BUND nur den Schluss zu, dass nur eine Abtragung der Erde eine sichere Maßnahme wäre, hier die Kontamination zuverlässig zu entfernen.
5. Der BUND hält nach wie vor die Dampf-Luft-Injektion (DLI) für wenig geeignet an dieser Stelle und auf diesem Untergrund, das Auskoffern wäre gründlicher.
6. Der BUND fordert die Stadt Oberursel auf, den Empfehlungen der Sanierungsexperten zu folgen und auch in den Kellern Raumluftmessungen durchführen zu lassen.
7. Da im Sanierungsgebiet auch Dichlormethan vorgefunden wurde, das nach Angaben der Stoffhersteller der chemischen Industrie bei über 100 Grad Celsius auch zu Kohlenmonoxid und

Phosgen (Giftgas) zerfallen kann, hofft der BUND, dass alle Vorsichtsmaßnahmen während der Bohrungen und der Dampf-Luft-Injektion getroffen wurden und werden, damit die Bevölkerung vor schädlichen Abbauprodukten der dort liegenden Gifte rund um die Uhr geschützt wird.

Der BUND wundert sich sehr, dass im Jahr 2012 versprochen wurde, dass die Sanierung 2013 beendet sei. Im Jahr 2013 wurde Anfang 2014 in Aussicht gestellt, dann war von 2015 die Rede. Nun hofft die Bevölkerung mit den Eigentümern auf ein Ende 2017. Der BUND ist der Ansicht, dass die Sanierung die Stadt noch im Jahr 2020 beschäftigen wird und letztendlich doch die Auskofferung und die Zwischenlagerung der Häuser (wie im Hessenpark zu sehen) durchgeführt werden wird. Dies ist alles mit Mehrkosten verbunden, die hätten vermieden werden können

BUND-Veranstaltung angekündigt

Der BUND Kreisverband Hochtaunus wird am **Dienstag, den 26. Mai um 20 Uhr im Pfarrer-Hartmann-Haus, Altkönigstraße 26** in Oberursel interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die vom BUND seit 2012 gesammelten Daten geben. Der BUND wird die allgemeine Altlastensituation in Oberursel und die Informationspolitik der Stadt aus seiner Sicht beschreiben und bewerten. An diesem Abend wird Rechtsanwalt Thomas Mehler (Kanzlei Haldenwang) für allgemeine rechtliche Fragen zur Verfügung stehen.